

Stellungnahmen der DGOU



© Stasique Photography / Fotolia

Zahlreiche wissenschaftliche Stellungnahmen erarbeitet die Deutsche Gesellschaft für Orthopädie und Unfallchirurgie (DGOU) jährlich, um beispielsweise die Vor- und Nachteile von Diagnostik- und Therapie-Verfahren aus Sicht von O und U zu bewerten und diese Position in gesundheitspolitischen Institutionen zu vertreten. Ein Auszug aus den zahlreichen Stellungnahmen finden Sie hier.

Änderung des Notfallsanitätäergesetzes



© chalabala / Fotolia

Stellungnahme der DGOU in Abstimmung mit der DGCH, dem BDC und dem BVOU

Auf den beiden Bundesrat-Plenarsitzungen im September und Oktober 2019 wurde der „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Notfallsanitätäergesetzes“ eingebracht. Der Antrag kommt aus den Ländern Bayern und Rheinland-Pfalz, um rechtliche Klarheit für Notfallsanitäter zu schaffen. Die Deutsche Gesellschaft für Orthopädie und Unfallchirurgie (DGOU) hat in Abstimmung mit der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie (DGCH), dem Berufsverband Deutscher Chirurgen (BDC) und dem Berufsverband für Orthopädie und Unfallchirurgie (BVOU) hierzu Stellung bezogen.

In der Stellungnahme sprechen sich die Fachgesellschaften gegen eine eigenverantwortliche Durchführung von invasiven Maßnahmen durch Notfallsanitäter aus und plädieren ausdrücklich für eine qualifizierte Teamarbeit zwischen Notarzt und Notfallsanitäter, um Schwerverletzte bestmöglich zu versorgen. Eine Substitution ärztlicher Leistung im Kontext von Notfallsituationen werde zum Wohle und zum Schutz der verletzten Patienten abgelehnt, heißt es in dem Schreiben.

[Weiterlesen](#)

[Stellungnahme zur Änderung des Notfallsanitätäergesetzes](#)

Gesetzesentwurf zum Implantateregister des BMG



© denissimonov / Fotolia

Gemeinsame Stellungnahme von EPRD gGmbH, DGOOC und DGOU

Das Bundesgesundheitsministerium (BMG) hat am 31. Januar 2019 einen Referentenentwurf für das Gesetz zur Errichtung eines verbindlichen Deutschen Implantateregisters (EDIR) vorgelegt. Das zukünftige Pflichtregister orientiert sich

dabei am Aufbau des freiwillig geführten Endoprothesenregisters Deutschland (EPRD), das 2012 von der Deutschen Gesellschaft für Orthopädie und Orthopädische Chirurgie (DGOOC) gemeinsam mit den Krankenkassen und den Implantatherstellern aufgebaut wurde. Im Rahmen der Anhörung beim BMG am 26. Februar 2019 in Bonn und Berlin haben die EPRD gGmbH, die DGOOC und die DGOU eine gemeinsame Stellungnahme zum Gesetzentwurf veröffentlicht. In dem Schreiben äußern sich die Autoren zu den Details des Gesetzentwurfs.

[Weiterlesen](#)

[Stellungnahme zum Entwurf des Implantate-Errichtungsgesetzes](#)

Umgang mit Explantaten



© julianemartens / Fotolia

Stellungnahme der AWMF unter Mitwirkung von DGOU und DGU

Die Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften (AWMF) hat im Juni 2018 Empfehlungen für den Umgang mit Explantaten formuliert. Daran mitgewirkt haben unter anderem auch Experten der Deutschen Gesellschaft für Orthopädie und Unfallchirurgie (DGOU) sowie der Deutschen Gesellschaft für Unfallchirurgie (DGU). In der Stellungnahme geht es um diese Punkte:

1. Flächendeckende Etablierung von SOP
2. Umgang mit Explantaten
3. Erfordernis von Implantat-Registern

[AWMF-Stellungnahme zum Umgang mit Explantaten](#)

Motorbetriebene Bewegungsschienen



© glisic_albina / Fotolia

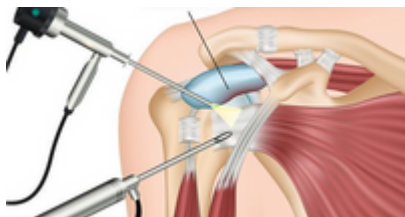
Gemeinsame Stellungnahme von DGOU, DGOOC und DGU

Die Deutsche Gesellschaft für Orthopädie und Unfallchirurgie (DGOU), die Deutsche Gesellschaft für Orthopädie und Orthopädische Chirurgie (DGOOC) und die Deutsche Gesellschaft für Unfallchirurgie (DGU) haben im Januar 2018 gemeinsam zum Vorbericht des Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG) „Einsatz motorbetriebener Bewegungsschienen (CPM) nach Interventionen am Knie- oder Schultergelenk“ Stellung genommen.

In der Stellungnahme wird der Ausschluss dreier Studien zu den Indikationen Schultersteife und Ruptur der Rotatorenmanschette kritisiert. Zudem heißt es darin, dass der Nutzen von motorbetriebenen Bewegungsschienen bei Erkrankungen des und nach Eingriffen am Schultergelenk aufgrund der Datenlage und der geringen Anzahl an Krankheitsbildern nur schwer zu bewerten ist.

[Stellungnahme zu motorbetriebenen Bewegungsschienen](#)

Arthroskopische Dekompression bei subakromialen Schulterschmerzen



© Bilderzweig / Fotolia

Gemeinsame Stellungnahme von DGOU, DVSE, BVOU, BDC, BVSK, GOTS und AGA

Die Deutsche Gesellschaft für Orthopädie und Unfallchirurgie (DGOU) hat im Dezember 2017 gemeinsam mit sechs weiteren Fach- und Berufsverbänden zur Studie „Arthroscopic subacromial decompression for subacromial shoulder pain (CSAW)“ zur Wirksamkeit der Schulterdächerweiterung, der sogenannten arthroskopischen subakromialen Dekompression (ASD), Stellung genommen. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass Patienten mit einem subakromialen Schmerzsyndrom zu häufig ohne Nutzen operiert würden.

Aus Sicht der deutschen Orthopäden und Unfallchirurgen lässt sich das Studienergebnis nicht auf Deutschland übertragen. Denn anders als in der CSAW-Studie abgebildet, wird die ASD-Methode zur Linderung von unspezifischen Schulterschmerzen in Deutschland nicht eingesetzt. Daher ergeben sich aus der Studie keine Konsequenzen für das deutsche Gesundheitssystem.

[Weiterlesen](#)

[Stellungnahme zur arthroskopischen Dekompression bei subakromialen Schulterschmerzen](#)

Qualitätsorientierte Vergütung



© anews094 / Fotolia

Gemeinsame Stellungnahme von DGOU, DGOOC und DGU

Die Deutsche Gesellschaft für Orthopädie und Unfallchirurgie (DGOU), die Deutsche Gesellschaft für Orthopädie und Orthopädische Chirurgie (DGOOC) und die Deutsche Gesellschaft für Unfallchirurgie (DGU) haben im Juni 2017 gemeinsam zum Vorbericht des Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG) „Qualitätsorientierte Vergütung. Hüftgelenknahe Femurfrakturen mit osteosynthetischer Versorgung“ Stellung genommen.

In der Stellungnahme heißt es unter anderem, dass die für den Vorbericht herangezogenen wissenschaftlichen Publikationen und Leitlinien in der Versorgungsforschung keine starke Evidenz haben. Erlösrelevante Zu- und Abschläge seien daher nicht gestützt. Da Patienten, die mit gerinnungshemmenden Medikamenten, sogenannten Antikoagulantien, behandelt werden, prä-, intra- und post-operativ einen höheren Aufwand benötigen, seien Zuschläge für Kliniken zu fordern, die einen erhöhten Anteil dieser Patientengruppe versorgen.

[Stellungnahme zur qualitätsorientierten Vergütung](#)

„Faktencheck Rücken“ der Bertelsmann Stiftung, 06/2017



© rogerphoto / Fotolia

Gemeinsame Stellungnahme von DGOU und BVOU

Die Deutsche Gesellschaft für Orthopädie und Unfallchirurgie (DGOU) und der Berufsverband für Orthopädie und Unfallchirurgie (BVOU) haben zur Publikation „Faktencheck Rücken – Rückenschmerzbedingte Krankenhausaufenthalte und operative Eingriffe“ der Bertelsmann Stiftung im Juni 2017 auf die unzureichende Datenbasis und damit geringe Evidenz der Studie hingewiesen.

Zudem gaben die Experten von DGOU und BVOU zu bedenken, dass Operationen mit unterschiedlichen Kodierungsmethoden bei wissenschaftlichen Analysen nicht miteinander verglichen werden dürfen. Andernfalls entstehen falsche Rückschlüsse, die nicht der realen Versorgungssituation entsprechen.

[Stellungnahme zum „Faktencheck Rücken“ der Bertelsmann Stiftung, 06/2017](#)

„Faktencheck Rücken“ der Bertelsmann Stiftung, 02/2017



© nito / Fotolia

Gemeinsame Stellungnahme von DGOU und BVOU

Die Deutsche Gesellschaft für Orthopädie und Unfallchirurgie (DGOU) und der Berufsverband für Orthopädie und Unfallchirurgie (BVOU) haben im Februar 2017 darauf hingewiesen, dass deutsche Ärzte bildgebende Verfahren wie Röntgen, Computertomographie (CT) oder Magnetresonanztomographie (MRT) zur Diagnostik bei Patienten mit Rückenschmerzen angemessen einsetzen. Das lässt sich aus Daten der Nationalen VersorgungsLeitlinie Kreuzschmerz, Versorgungsdaten aus Arztpraxen in Baden-Württemberg und Daten der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) schließen.

Die Stellungnahme nimmt auf die Publikation „Faktencheck Rücken“ der Bertelsmann Stiftung Bezug. DGOU und BVOU haben die Bertelsmann-Studie analysiert und kommen zu anderen Ergebnissen.

[Stellungnahme zum „Faktencheck Rücken“ der Bertelsmann Stiftung, 02/2017](#)

Stoßwellentherapie bei Fersenschmerz



© staras / Fotolia

Gemeinsame Stellungnahme von DGOU und DGOOC

Um den Nutzen der extrakorporalen Stoßwellentherapie (ESWT) beim Fersenschmerz mit zu bewerten, haben die Deutsche Gesellschaft für Orthopädie und Unfallchirurgie (DGOU) und die Deutsche Gesellschaft für Orthopädie und Orthopädische Chirurgie (DGOOC) im Dezember 2016 gemeinsam zum Vorbericht des Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG) Stellung genommen.

In der Stellungnahme heißt es, der Vorbericht des IQWiG spiegele wissenschaftlich gut abgesichert die klinische Erfahrung wider, dass die ESWT bei der Faszitis plantaris deutlich effektiver ist als der Spontanverlauf und auch als andere Verfahren – wie beispielsweise der Ultraschallbehandlung oder der Einnahme von nichtsteroidalen Antirheumatika (NSAR) – und dabei annähernd komplikationslos. Nur im akuten Fall, der kürzer als 6 Wochen dauert, ist dem Vorbericht zufolge eine Stretching-Therapie oder eine komplikationsreichere Injektionsbehandlung mit Corticosteroiden effektiver.

[Stellungnahme zur Stoßwellentherapie beim Fersenschmerz](#)

Hyaluronsäure-Therapie bei Arthrose



© edwardolive / Fotolia

Gemeinsame Stellungnahme von DGOU und BVOU

In einer gemeinsamen Stellungnahme haben die Deutsche Gesellschaft für Orthopädie und Unfallchirurgie (DGOU) und der Berufsverband für Orthopädie und Unfallchirurgie (BVOU) im Februar 2016 auf aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse zur Einschätzung der Bedeutung der Behandlung mit Hyaluronsäure hingewiesen. Die Therapieform ist ein etablierter und wichtiger Bestandteil der konservativen Therapie bei einer Arthrose des Kniegelenks sowie anderer Gelenke.

Die Wirksamkeit der intra-artikulären Hyaluronsäure-Therapie wird in der wissenschaftlichen Literatur sehr unterschiedlich eingeschätzt. Umfassende, aussagekräftige Untersuchungen zu dieser Behandlungsform sind bisher kaum vorhanden. Eine eindeutige Wirksamkeit der Therapie kann nicht von allen Studien bestätigt werden. Zahlreiche Beispiele aus der aktuellen wissenschaftlichen Literatur zeigen jedoch, dass die Behandlung mit Hyaluronsäure eine durchaus wirkungsvolle Therapieform ist. Einige dieser Beispiele sind in der Stellungnahme der DGOU und des BVOU genannt. Die Stellungnahme ist zudem eine Argumentationshilfe für Mediziner, die Patienten zur Wahl einer Arthrose-Therapie beraten.

[Stellungnahme zur Arthrose-Therapie mit Hyaluronsäure](#)

Qualität von Fortbildungsmaßnahmen

Stellungnahme der ART-Kommission des RKI

Gemäß §4 des Krankenhausentgelt-Gesetzes kann unter anderem die Fortbildung von Ärztinnen und Ärzten in rationaler Antibiotikatherapieberatung (ABS) durch einen pauschalen Zuschuss in Höhe von 5.000 Euro gefördert werden. Die Förderung erfolgt jedoch nur, wenn die besuchten Kurse in Anlehnung an die ABS-Kurse der Deutschen Gesellschaft für Infektiologie (DGI) konzipiert wurden.

Die Kommission Antiinfektiva, Resistenz und Therapie (ART) am Robert-Koch-Institut (RKI) hat dazu gemeinsam mit dem Bundesministerium für Gesundheit und dem RKI eine fachliche Stellungnahme abgegeben und Anforderungen an ABS-Kurse definiert. Zudem hat die ART eine Musterbescheinigung für Kursanbieter zur Bestätigung der Einhaltung der wesentlichen Anforderungen entwickelt.

[📄 Stellungnahme und Musterbescheinigung der ART](#)

Methodenkritik am IQWiG-Report „Allgemeine Methoden“

Stellungnahme der DGOU

Die Deutsche Gesellschaft für Orthopädie und Unfallchirurgie (DGOU) hat im Juli 2014 eine Methodenkritik als Stellungnahme zum Report „Allgemeine Methoden“ des Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG) in Auftrag gegeben. Einer der Hauptkritikpunkte ist die ausschließliche Berücksichtigung von randomisierten Studien.

[📄 DGOU / Dirk Stengel: Methodenkritik](#)

[📄 Lesen Sie auch: DGOU-Interview mit Dirk Stengel](#)